

H. Teilhabe für Jung und Alt

Wie wir Familien stärken und ein neues Miteinander schaffen

Wir wollen ein gutes Leben für Kinder, Familien, Junge und Alte möglich machen. Wie das aussieht, das ist bei jedem anders. Aber die Chancen, das eigene Leben gestalten zu können, sind ungerecht verteilt.

Bei Kindern entscheidet weiterhin die soziale Herkunft über ihre Erfolge im Bildungssystem und damit auch über ihre Möglichkeiten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Junge Menschen brauchen oft lange, um nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums den Weg ins Berufsleben zu finden, und dann müssen sie häufig über lange Zeit mit der Unsicherheit befristeter Stellen leben. Junge Frauen – und inzwischen auch immer mehr junge Männer – fragen sich, ob sie sich mit der Geburt eines Kindes beruflich ins Abseits schießen und wie sie ihre Wünsche für ihre berufliche Entwicklung sowie ihr Leben und Sorgen für Kinder miteinander in Einklang bringen können. Den Menschen im Rentenalter müssen wir die Möglichkeit bieten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in dieser Gesellschaft auch nach der Zeit im Beruf noch einzubringen, und wir müssen ihre Absicherung so gestalten, dass sie auf gute Weise alt werden können.

Wir wollen ein neues Miteinander und dass die Lasten und die Freuden endlich gerechter verteilt werden. Dafür haben wir alle Generationen im Blick und wollen, dass ihre Bedürfnisse zusammen gedacht werden, statt sie gegeneinander aufzuwiegen.

Wir wollen Hürden abbauen, damit Menschen in jedem Alter teilhaben können. Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft, die Menschen nicht an den Rand drängt, sondern ihnen Chancen eröffnet – auch mehrmals im Leben.

Wir wollen Menschen Mut machen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und sich in unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Wir wollen ein gelungenes und selbstbestimmtes Leben für und mit jungen wie alten Menschen. Das passiert nicht von allein. Dafür wollen wir zusammen kämpfen.

Wir schaffen Zukunft für alle Generationen, indem wir an das Morgen denken, ohne das Jetzt zu vergessen. Weil wir für ein solidarisches Miteinander eintreten.

1. Chancen für alle Kinder

Kinder sind laut und froh und einfach da. Und: Kinder sind die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Aber vielen Kindern werden, aus den unterschiedlichsten Gründen, Hürden in den Weg gestellt. Zu früh wird bei uns festgelegt, wer dazugehört und wer draußen ist. Wir arbeiten an einer inklusiven Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, sexuelle Identität, ethnische Wurzeln oder körperliche oder geistige Behinderung über die Zukunft von Kindern entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Jeder Mensch soll die gleichen Chancen haben, das eigene Leben selbst gestalten zu können. Kinder müssen dabei endlich in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken.

Wir werden den Kinderschutz intensivieren. Dazu wollen wir das Bundeskinderschutzgesetz und die notwendige Unterstützung für Kinder und Jugendliche energisch weiterentwickeln. Ebenso wollen wir die Empfehlungen des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch umsetzen. Der Missbrauchsskandal muss angemessen aufgearbeitet werden und die/der unabhängige Beauftragte muss den Aufgaben entsprechend längerfristig berufen werden. Wir machen uns für die Schaffung eines ergänzenden Hilfesystems für die Opfer stark und wollen die telefonische Anlaufstelle und das Online-Hilfeportal fortführen.

Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir die Programme für frühe Hilfen und Familienhebammen ausbauen und solide finanzieren. Nicht zuletzt gilt es, zu einem einheitlichen Leistungs- und Unterstützungssystem für alle Kinder mit und ohne Behinderungen zu kommen. Eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe ist sinnvoll, aber nur, wenn es nicht zu Leistungsverschlechterungen kommt. So muss unter anderem gewährleistet sein, dass die individuellen Bedarfe von Kindern mit Behinderung weiterhin teilhabeorientiert und flexibel gedeckt werden, ohne dass es zu einer

stärkeren finanziellen Heranziehung der Eltern kommt. Mobbing und Diskriminierung an unseren Schulen sagen wir den Kampf an.

Kinder brauchen Zeit. Sie brauchen Zeit zum Spielen, zum Lernen und Zeit mit ihren Eltern, Geschwistern und ihrem sozialen Umfeld. Dafür wollen wir durch eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik sorgen.

Die Struktur des Internets bietet – anders als nichtinteraktive Medien – nur sehr wenige Möglichkeiten, Inhalte für Kinder und Erwachsene zeitlich, räumlich oder durch Zugangsbeschränkungen zu trennen. Wo bei den klassischen Medien durch Sender oder Verlage ein speziell auf Kinder ausgerichtetes Programm zusammengestellt wird oder ein gewisser Schutz von Kindern beim Einlass an der Kinokasse, durch Verkaufskontrolle von Filmen und Computerspielen oder im Fernsehen durch den Zeitpunkt der Sendung geboten werden konnte, ist dies durch die Struktur und Grenzenlosigkeit des Internets kaum möglich. Deshalb sind funktionierende Filterprogramme, die freiwillig von Eltern auf dem heimischen Rechner installiert werden, ein mögliches Instrument, um selbst das Risiko für ihre Kinder minimieren zu können, dass diese beim Surfen unbeabsichtigt auf bedenkliche Inhalte stoßen. Verpflichtende Filter, vom Softwarehersteller voreingestellte oder providerseitige Filtertechniken lehnen wir hingegen ab. Darüber hinaus ist für den Umgang mit Inhalten im Netz der Erwerb von Medienkompetenz (nicht nur) für Kinder von zentraler Bedeutung.

Eine Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. der Kindertagespflege halten wir für absolut nötig. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, wollen wir Qualitätsstandards, etwa die Zahl der Kinder, die eine Erzieherin betreut, bundesweit festlegen und die Ausbildung und Weiterbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam von Kommunen, Ländern und auch dem Bund gemeistert werden – zumal bereits der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch an manchen Orten kaum erreicht wird. Zur Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung braucht es vor allem Erzieherinnen und Erzieher, die die Zeit und die Arbeitsbedingungen haben, sich aktiv um die Förderung der Kinder zu kümmern. Niemandem ist geholfen, wenn ErzieherInnen aufgrund zu großer physischer und psychischer Belastung ihren Beruf aufgeben.

Deshalb sollen für diese Qualitätsoffensive auf Bundesebene jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Wir wollen aus Kitas Orte für die ganze Familie machen. Hierzu braucht es neue Formen der Vernetzung im Rahmen von Eltern-Kind-Zentren, in denen die Kita eng mit anderen Angeboten kooperiert. Auf diesem Weg lassen sich Möglichkeiten, Familien zu unterstützen, bündeln. Eltern-Kind-Zentren können damit auch zu Orten der Begegnung im Stadtteil und zwischen den Generationen werden. Wir wollen die Länder und Kommunen beim Ausbau der Eltern-Kind-Zentren unterstützen. Wir werden außerdem mit den Ländern über ein neues Ganztagsschulprogramm verhandeln.

Gute Bildungseinrichtungen eröffnen Kindern die Chance auf ein gutes Leben. Allerdings leben heute viele von ihnen in Armut oder in prekären Verhältnissen. Nach einer UNICEF-Studie leben in Deutschland 2,5 Millionen Kinder in Armut. Zwar bleibt die Erwerbstätigkeit der Eltern nach wie vor der beste Schutz vor Kinderarmut, aber die materielle Unterstützung durch den Staat muss auch verbessert werden, um allen Kindern bessere Lebenschancen zu ermöglichen. Deshalb soll der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder neu berechnet und erhöht werden. Dafür reservieren wir 500 Mio. Euro. Außerdem wollen wir, dass auch im Steuerrecht alle Kinder gleich viel wert sind, und beginnen mit dem Einstieg in eine Kindergrundversicherung als einer eigenständigen Existenzsicherung für Kinder.

2. Raum für Familie

Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.

Familien brauchen Zeit. Eltern brauchen Zeitsouveränität, die ihnen neben der Koordination der Kinderbetreuung verlässliche und planbare Zeiten für das Familienleben lässt. Das heißt, dass genau diese Zeiten nicht selbstverständlich für Sitzungen und anderes geplant werden dürfen. Wir wollen ein Rückkehrrecht auf Vollzeit gesetzlich verankern. Die gerechte Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten und die Schaffung von Zeit-Räumen für Familie, für die Teilhabe an demokratischen Prozessen, für soziales

Engagement und für Erholung begreifen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden, auch im engen Dialog mit den Sozialpartnern, neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeit für beide Elternteile. Damit wird auch die partnerschaftliche Aufteilung von Familienarbeit befördert. Wir werden das Teilerterngeld fair ausgestalten, damit Eltern, die sich Berufstätigkeit und Familienarbeit frühzeitig teilen, nicht länger benachteiligt werden, und die Partnermonate mit der Zielperspektive einer partnerschaftlichen Aufteilung weiterentwickeln.

Viele Alleinerziehende und ihre Kinder brauchen besondere Unterstützung. Noch immer sind sie besonders von Armut bedroht. Neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der besonderen Berücksichtigung Alleinerziehender bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle ist die Weiterentwicklung und zeitliche Ausdehnung des Unterhaltsvorschlusses ein wichtiger Hebel, um die materielle Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder nach der Trennung abzusichern.

Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Neben einer ganztägigen Kinderbetreuung gehört dazu ganz zentral der flächendeckende Aufbau von Ganztagschulen, sonst brechen vielerorts mit der Einschulung alle Arrangements zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Erst so kann es echte Wahlfreiheit zwischen den unterschiedlichsten Familienmodellen geben. Eine Betreuungsgarantie für Kinder ab dem ersten Lebensjahr als Zwischenschritt soll Eltern rasch Planungssicherheit bringen. Menschen, die Alte und Pflegebedürftige begleiten, wollen wir im Wohnquartier mit einer ambulanten Pflege- und Unterstützungsstruktur zur Seite stehen und eine maximal dreimonatige Pflegezeit mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung einführen.

Und natürlich brauchen Familien Geld. Die familienbezogenen Leistungen müssen so verändert werden, dass Familien tatsächlich profitieren und Menschen jeden Geschlechts frei wählen können, in welchen Konstellationen sie leben wollen. Wir werden aufhören über staatliche Mittel ein traditionelles Familienmodell einseitig zu fördern und stattdessen Frauen und Männer unterstützen, sich die Sorgaufgaben gerechter zu teilen, und ihnen damit die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Familien-

leben organisieren. Um Kinder besser zu fördern und Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es eine bessere Infrastruktur – gute Kitas und gute Schulen – und eine Neuordnung der vielen zu ungenauen materiellen Transfers. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen nicht mehr die Ehe, sondern Kinder fördern. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting wie im Kapitel „Besser haushalten“ beschrieben schrittweise abbauen und damit auch eine Kindergrundsicherung aufbauen. Die Kindergrundsicherung wird somit aus dem Familienleistungsausgleich finanziert. Sie ist keine zusätzliche Transferleistung, sondern ersetzt vorhandene Transfers und Vergünstigungen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Wir streben ein Modell an, das Kinderregelsätze, Kinderzuschläge sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig obsolet macht. Ziel ist eine Kindergrundsicherung, die der Höhe nach so bemessen ist, dass die Kinderfreibeträge verfassungskonform abgeschafft werden können. Oft sind Eltern nicht verheiratet. Ehegattensplitting hat mit deren Lebenssituation nichts zu tun. Eine Kindergrundsicherung hingegen gäbe ihnen die Chance, wirkliche Förderung zu erfahren. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende. Wer mit uns regieren will, muss das Betreuungsgeld abschaffen. Es ist eine bildungs- und gleichstellungspolitische Katastrophe, setzt falsche Anreize und ist rundum unsinnig. Wir werden das Betreuungsgeld umgehend wieder abschaffen und die dafür eingeplanten Mittel in den Ausbau und die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten investieren.

Familien waren schon immer etwas Buntes. Doch das deutsche Familienrecht bildet diese Vielfalt nicht ab. Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig von der Familienform, in der sie aufwachsen, den gleichen Schutz, die gleiche Förderung und Unterstützung seitens des Staates erfahren. Mit dem neuen Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung wollen wir die Beziehung von Kindern zu ihren sozialen Eltern insbesondere in Patchwork- und Regenbogenfamilien stärken. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, eine Stärkung ihrer Rechte erfahren.

3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken

Im Fokus unserer Politik steht das Wohl jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen. Wir räumen Kindern und Jugendlichen eigenständige Rechte ein, wir wollen sie gezielt fördern und schützen sie, wo Familien dies nicht leisten. Dazu wollen wir Rechte von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen, die Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention durch ein unabhängiges Monitoring voranbringen und den Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland wieder auflagen.

Das Wahlalter wollen wir absenken, damit Jugendliche spätestens ab dem 16. Lebensjahr wählen gehen können. Wir nehmen Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst und setzen auf eine Jugendpolitik, die sie ermutigt und es ihnen ermöglicht, ihre jeweils eigene Identität zu entwickeln. Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht sie aktiv ein und berücksichtigt ihre Bedürfnisse. Dies ist bei der Förderung von Projekten zur Stadtentwicklung durch staatliche Mittel zu berücksichtigen.

Wir wollen flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu gehört auch, dass wir Betroffene in der Jugendhilfe stärken, indem wir Ombudschaften unterstützen, und verstärkt alternative Organisationsformen wie z. B. Jugendparlamente oder Jugendbeiräte fördern, die mit einem Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen ausgestattet sind. Dabei ist für uns klar: Alle Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund, gleich welcher sexuellen Identität, gehören dazu.

4. Freiraum für Jugendliche

Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das heißt ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche.

Die Generation der heutigen Jugendlichen ist zutiefst gespalten. Viele schauen mit Optimismus in ihre Zukunft, andere sind allerdings bereits überzeugt, auf der Schattenseite des Lebens zu stehen. Die Chancenungleichheit, die in frühen Jahren durch ein

leistungsschwaches Bildungssystem nicht ausgeglichen werden konnte, verbaut diesen jungen Menschen ihre Zukunft. Hier muss kontinuierlich gestützt und gefördert werden. Zudem sehen sich Jugendliche immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant und freie Zeit, die selbst gestaltet werden kann, wird zur Mangelware. Dabei brauchen gerade junge Menschen Freiräume, um sich auszuprobieren. Wir wollen jungen Menschen diese benötigten Freiräume wieder öffnen und streben dazu die dringend notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung an.

Jugendliche sind in besonderem Maße auf die Infrastruktur vor Ort angewiesen. Vielfältige Jugendhilfeangebote, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe. Jugendliche brauchen diese Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen und auszutauschen, Räume, um sich zu entwickeln. Alkoholverbote und Aufenthaltsverbote auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung werden wir nicht antasten. Wir werden die Hilfen zur Erziehung weiterentwickeln und mit Konzepten zur stärkeren Sozialraumorientierung und institutionellen Vernetzung verbinden.

Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Beratungsstellen für junge Menschen sichern. Dazu werden wir den Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln und ausbauen. Denn Jugendarbeit ist auch Präventionsarbeit. Jugendliche werden in vielen Jugendzentren unserer Kommunen von FreundInnen und aufmerksamen SozialarbeiterInnen aufgefangen und finden wieder Anschluss an Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb wollen wir die Finanzlage der Kommunen verbessern.

Das Internet ist aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Die Stärkung der Kompetenz im Umgang mit diesen Medien und der Sensibilität für den Schutz der eigenen Daten im Internet muss deshalb zur Arbeit aller, die junge Menschen begleiten, gehören.

5. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter

Es ist eine gute Nachricht, dass die Menschen immer älter werden und dabei immer länger gesund und agil bleiben. Aber die Frage, wie wir noch möglichst gut leben, auch wenn wir alt sind, und wie wir unsere Geschicke auch selbst bestimmen können, wenn wir auf die Hilfe anderer angewiesen sind, beschäftigt trotzdem viele Menschen. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen aber bis ins hohe Alter möglich sein – trotz Einschränkung, die das Alter mit sich bringen kann. Nötig sind deshalb mehr gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitsplätze, ein Ausbau an Weiterbildungsangeboten, aber auch eine Veränderung der Arbeitskultur, in der Erfahrungswissen der Älteren und Engagement der Jungen kombiniert werden, so dass viele Menschen bis zum Renteneintritt erwerbstätig bleiben können. Angesichts des demografischen Wandels und des Mangels an Fachleuten ist es auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Tatsächlich aber drohen sinkende Reallöhne, prekäre Beschäftigung und negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting immer mehr Menschen, und vor allem Frauen, im Alter in die Armut zu schicken. Einer sozialen Spaltung im Alter wollen wir entgegentreten mit einer Garantierente, die den langjährig Versicherten eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die Teilhabe alter Menschen braucht aber mehr als materielle Absicherung: Mobilitätskonzepte in Stadt und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen, der barrierefreie Zugang zu Kultur und eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur und bezahlbarer Wohnraum sind dafür genauso wichtig.

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird deutlich ansteigen und immer mehr werden allein und ohne Angehörige leben. Neue Konzepte für das Zusammenleben und die Gestaltung der Infrastruktur an Wohn-, Pflege- und sozialen Angeboten werden deshalb wichtig. Die Angebote für Hilfe im Alter entscheiden darüber, ob der Wunsch nach Selbstbestimmung alter Menschen Wirklichkeit werden kann. Für uns ist klar: Pflege muss möglichst wohnortnah organisiert sein, sie muss sich an den Bedürfnissen der alten Menschen und ihrer Familien orientieren, einer ambulanten Unterstützung den Vorrang einräumen und mit kulturellen und religiösen Prägungen sensibel umgehen. Finanziert werden kann dies

durch eine Pflegebürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und in die alle Einkunftsarten einbezogen werden.

Das Altern ist heute vielfältig und bunt geworden. Die dominierenden Altersbilder in den zentralen Bereichen der Gesellschaft werden der Vielfalt des Alters nicht gerecht. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des Zusammenlebens fürs Alter und unterschiedlicher Generationen wünschen, und werden Orte des Zusammentreffens der Generationen fördern, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken: in Nachbarschaftszentren, in Freiwilligenzentren und an anderen öffentlichen Orten. Längst leben viele Ältere aufgrund der erhöhten Arbeitsmobilität nicht mehr im Familienverbund. Auch die Zahl der alleinstehenden und kinderlosen Menschen steigt. Hier gilt es, die nötige soziale und technische Infrastruktur in den Stadtteilen zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen.

6. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben

Wir werden älter und weniger. Eine Zukunftsherausforderung von großer Tragweite liegt im demografischen Wandel, der in strukturschwachen Regionen durch die fortwährende Abwanderung junger Menschen zusätzlich dramatisch verschärft wird. Dieser Wandel betrifft nicht nur ökonomische Fragen, sondern er rührt an tief greifende Fragen von Lebensentwürfen, Freiheit und Anerkennung.

Unser neuer Generationenvertrag soll die Aufgaben und Lasten zwischen Alt und Jung neu verteilen. Er darf dabei die Wünsche und Anliegen der Generationen nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss vielmehr für mehr Miteinander sorgen. Bei der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme achten wir darauf, dass sie ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die Jungen zu überfordern. Und wir wollen Orte des Zusammentreffens von Jungen und Alten schaffen – auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

Wer GRÜN wählt ...

- bekommt gute Kitas für jedes Kind.
- bekämpft Kinderarmut und fördert das Leben mit Kindern, durch die schrittweise Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder.
- sorgt für mehr Mitspracherechte für Kinder und Jugendliche.
- verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter.

Schlüsselprojekte**Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen**

Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen. Deshalb müssen wir rasch mehr und auch qualitativ hochwertige Kita-Plätze schaffen. Für uns ist klar, dass auch der Bund Verantwortung trägt, denn es muss vieles gleichzeitig geschehen: Der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch muss angemessener finanziert, der Bedarf realistischer geplant werden. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite Qualitätsstandards fest. Und natürlich braucht es dafür mehr Fachkräfte, die zu einem relevanten Teil auf Hochschulniveau ausgebildet und angemessen bezahlt werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. in der Kindertagespflege und unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Familien, die nur dadurch gewährleistet ist, dass für alle Familien, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Das Betreuungsgeld, das

Kinder von frühkindlicher Bildung ausschließt, alte Rollenmuster zementiert und den Ausbau der Kitaplätze blockiert, schaffen wir ab. So bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Potentiale und Interessen zu entfalten, und so schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Eltern-Sein.

Familien mehr Zeit geben – familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern

Zeit ist für Familien ein knappes Gut, besonders wenn die Eltern berufstätig sind. Wir wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen – ohne dass dies immer gleich eine Festlegung für ihre gesamte Berufsbiografie beinhaltet. Wir führen ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit ein und ergänzen damit das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Recht auf Teilzeit an entscheidender Stelle. Auch eine Weiterentwicklung des Teilelterngeldes und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum. So bleibt mehr Zeit für die Familien.

Für eine gerechte Familienförderung – in die Kindergrundsicherung einsteigen

In unserem reichen Land leben viele Kinder in Armut. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut lebt und in der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine Kindergrundsicherung schaffen. In der Kindergrundsicherung gehen Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig auf. Wir wollen dafür auch Mittel nutzen, die durch die Veränderung des Ehegattensplittings frei werden. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die Regelsätze für Kinder anheben, damit sie die tatsächlichen Bedarfe der Kinder abdecken.

Für echte Jugendpartizipation – Wahlalter 16 jetzt!

Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, die BürgerInnen in einer Demokratie haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche endlich an diesen demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre absenken. Denn nur so bekommen Jugendliche wirklich eine Stimme. Zudem werden wir politische Bildungsprogramme auf allen Ebenen ausbauen, denn mitentscheiden können Jugendliche nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, sich ausreichend über die politische Situation zu informieren.